

Regierungsfractionen werfen Geld zum Fenster raus

Zum gestrigen Beschluss des Innen- und Rechtsausschusses zur Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen erklärt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, **Karl-Martin Hentschel**:

Die Regierungsfractionen werfen Geld zum Fenster raus, weil ihnen die Auffassung des wissenschaftlichen Dienstes des Landtages nicht passt.

In der gestrigen Ausschusssitzung hat der Vertreter des wissenschaftlichen Dienstes unserer Klage gegen die Fünf-Prozent-Klausel bei Kommunalwahlen gute Erfolgsaussichten bescheinigt. Daraufhin wollten die beiden Regierungsfractionen dem wissenschaftlichen Dienst nicht mehr den Auftrag geben, eine Stellungnahme zur Klage zu verfassen.

Statt dessen wird jetzt auf Kosten des Landes Schleswig-Holstein ein Anwaltsbüro beauftragt, eine Stellungnahme für den Landtag zu verfassen, die der Meinung der Mehrheitsfractionen entsprechen soll.

Wir sind gespannt, welche Kosten damit auf das Land zu kommen, welches Anwaltsbüro beauftragt werden wird und welche neuen Argumente den Regierungsfractionen für die Beibehaltung der Fünf-Prozent-Hürde einfallen werden.
